



Weg mit WEF und KAPITAL(ISMUS)

Im September wird der Name der österreichischen Landeshauptstadt Salzburg wohl immer öfter in den Medien auftauchen. Dabei wird es aber nicht um die Verteidigung der Mozartkugeln oder kulturell ähnlich wichtiger

Errungenschaften gehen. Sondern um das Weltwirtschaftsforum (WEF) und vor allem unseren Protest gegen dieses Treffen. Warum lehnen wir als SozialistInnen das WEF ab?

VON JAKOB ROSENBERG,
SLP MARGARETEN I

Am 16. und 17. September treffen sich um die 1.100 Delegierte von milliardenschweren Konzernen, aus der Politik und den Medien, um am alljährlichen Europagipfel des WEF teilzunehmen. Das WEF ist ein privater Verein, der 1971 als Plattform für europäische Topmanager gegründet wurde. Schnell entwickelte es sich zu einer weltweiten Institution, in der sich VertreterInnen der weltgrößten Konzerne, HerausgeberInnen der einflussreichsten Medien, Regierungschefs und IdeologInnen zusammenfinden.

WEF: RICHTLINIEN FÜR DEN SOZIALABBAU

Bei den Treffen kommt es, unter Ausschluss der Öffentlichkeit, zu Absprachen zwischen den verschiedenen TeilnehmerInnen, die erheblichen Einfluss auf die herrschende Wirtschafts- und Sozialpolitik haben. Neben diesen informellen Absprachen erstellt das WEF so genannte Ratings, Staaten nach ihrer Wettbewerbs-

fähigkeit einstufen. Länder mit höheren Sozialstandards und besseren ArbeiterInnenrechten werden weiter unten geführt, weil es in solchen Ländern schwieriger ist, die Löhne zu drücken und möglichst große Profite zu erwirtschaften. Diese Ratings sind aber weit mehr als nur die Beschreibung des einen oder anderen Landes. Denn diese Bewertungen üben Druck aus, um Löhne zu kürzen, Privatisierungen durchzuführen und gleichzeitig Unternehmenssteuern zu senken. Oder auf den Punkt gebracht, neoliberale Maßnahmen durchzuführen, "um den Wirtschaftsstandort zu stärken". Diese Ratings bzw. die daraus resultierenden Maßnahmen helfen auch dabei, zu entscheiden welchem Land der so genannten dritten Welt nun "Entwicklungshilfe" gewährt wird.

GRASSER SETZT UM

Dass das WEF weit mehr als nur eine beratende Funktion hat, gestand auch der derzeitige Finanzminister Grassner (FPÖ) ein. In seiner Budgetrede des Vorjahres sagte er, dass sich

Österreich nicht leisten könne, die Richtlinien des WEF nicht umzusetzen. Und tatsächlich, die Richtlinien für Österreich beinhalten Punkte wie Reduzierung der Lohnnebenkosten, Pensionsreform, neoliberaler Umbau der Unis, Flexibilisierung von Arbeits- und Ladenöffnungszeiten, Liberalisierung der Gas- und Strommärkte und die Sanierung der Staatsfinanzen. Alle diese Punkte wurden in den letzten Jahren umgesetzt oder zumindest stark diskutiert.

AB EINER MILLIARDE IST MAN DABEI

Das WEF ist keine verschwörerische Sekte. Aber das Image das sich dieses Forum geben möchte ist erstunken und erlogen. Auf der WEF Homepage heißt es nämlich, dass es dazu diene den Zustand der Welt zu verbessern. Vielmehr dient dieser private Zusammenschluss, ohne jeglicher demokratischer Legitimation, den Interessen der TeilnehmerInnen. Nur Konzerne, deren Jahresumsatz mindestens eine Milliarde US Dollar beträgt, dürfen beitreten. Dass sich das

Interesse an Profitmaximierung nicht mit den Interessen der Bevölkerung deckt, liegt wohl auf der Hand.

DER GIPFEL HEUER

Die Tagesordnungspunkte des diesjährigen Europagipfels beinhalten vor allem die EU-Osterweiterung und die europäische Außen- und Sicherheitspolitik. Hauptziel der EU Osterweiterung ist die Öffnung neuer Märkte für das Kapital. Um die EU Kriterien zu erfüllen, haben diese Staaten die ehemals hohen Sozialstandards heruntergeschraubt. Die Diskussion über die europäische Außen- und Sicherheitspolitik wird vor allem den Abbau von demokratischen Rechten beinhalten. Seit dem 11. September und dem damit verbundenen Deckmantel des "Kriegs gegen den Terror", erleben wir verschärfte Asylbestimmungen und die Einschränkung demokratischer Rechte.

BEDROHUNG DEMOKRATISCHER RECHTE

Schon beim letztjährigen Gipfel

in Salzburg sorgte die massive Polizeipräsenz und Gewalt für Schlagzeilen. Spätestens seit den Polizeischüssen bei den Protesten gegen die Gipfel in Göteborg und Genua im letzten Jahr wissen wir, dass die Instrumente des Kapitals nicht davor zurückschrecken tödliche Mittel gegenüber DemonstrantInnen einzusetzen. Auch in Salzburg kam es im letzten Jahr zu massiven Übergriffen der Exekutive. Die Polizeigewalt geht mit einer Kriminalisierung der antikapitalistischen Bewegung einher. In den letzten Monaten wurde auch speziell in Österreich anhand der Anti-Nazi Proteste versucht, linke DemonstrantInnen als gewaltbereite Anarchoschaoten abzustempeln. Auch das von der Regierung verabschiedete Vermummungsverbot schränkt die persönlichen Rechte ein. Auch heuer ist eine Eskalation durch die Polizei in Salzburg möglich.

GLOBAL GEGEN DAS KAPITAL

Die Proteste gegen das WEF in Salzburg und der damit verbundenen Politik reihen sich in die Tradition der globalisierten

Protestbewegung ein. Die Treffen der Institutionen des Kapitalismus werden spätestens seit dem WTO (Welthandelsorganisation) Gipfel in Seattle 1999 von massiven Protesten begleitet. Die Proteste werden zunehmend größer und die Rolle der ArbeiterInnenklasse innerhalb der Protestbewegung stärker. Bestes Beispiel dafür ist der spanische Generalstreik am Tag vor dem EU Gipfel in Sevilla, dem 20. Juni. Um sich zu behaupten, wird es für die Bewegung wichtig sein, nicht nur die Missstände anzuprangern, sondern Alternativen anzubieten. Das CWI (Komitee für eine ArbeiterInneninternationale) und dessen österreichische Sektion, die SLP wollen den Kampf gegen die kapitalistischen Institutionen um eine sozialistische Alternative erweitern.

MACH MIT BEI DEN PROTESTEN GEGEN DEN WEF-GIPFEL!

Informationen & Anmeldung:

Tel. 01/ 524 63 10
slp@slp.at

österreich

Geht Blau-schwarz baden?

Seite 2

schwerpunkt

Theorie & Praxis im Sommer

Seiten 4/5

international

Kapitalismus heißt Krieg

Seite 7

Der Standpunkt



1999 stellte FPÖ-Scheibner eine dringliche Anfrage im Parlament betreffend “Proporz und Postenschacher feiern fröhliche Urständ”. Der Titel passt perfekt zum neuen Vizedirektor der Pensionsversicherungsanstalt Gaugg (FPÖ). Wenn es darum geht, sich an den Futtertrögen der Macht zu bedienen unterscheidet sich die FPÖ nicht von den anderen großen

Der Lack ist ab!

von Sonja Grusch

Parteien. Der steirische FPÖ-Chef meinte zur Tatsache, dass der Ex-Bürgermeister von Graz, der FPÖ’ler Götz, die Megapension von monatlich 13.000 Euro erhält, dass er ihm das gönne. Die FPÖ ist eine Partei der Reichen, und entsprechend wohlhabend sind ihre MandatarInnen und FunktionärInnen. Zwar gibt es offiziell die (jüngst erhöhte) Grenze von 4797 Euro (66.000 ats) pro Monat, doch ist das v.a. ein Schmäh. Sie sind netto, das 13. und 14. sind davon nicht betroffen und die Parteisteuer und die Abgabe in den Sozialfonds wirken steuerreduzierend. Und zahlen dürften außerdem die wenigstens – nicht einmal 20 % dessen was nach bekannten FPÖ-ParlamentarierInnengehältern im Fonds sein sollten, ist drin. Damit das Geld an die Richtigen kommt werden Spitzenpositionen umgefärbt. Uns (also die Steuerzahler) hat das bisher bereits rund 15 Millionen Euro an Abfertigungen und Zahlungen für vorzeitige Vertragsauflösungen gekostet. Die FPÖ setzt ihre Leute in wichtige Positionen und von einem “Ende der Parteibuchwirtschaft” kann nicht die Rede sein. Dass die FPÖ trotz der Tatsache, dass sich die Skandale häufen, noch immer das Fähnchen der Reinheit hochhalten kann liegt daran, dass die anderen Parteien genausoviel Dreck am Stecken haben. Und das leider auch in der Gewerkschaft die SpitzenfunktionärInnen Spitzenbezüge kassieren. Die SLP hat in ihren Statuten stehen, dass keinE FunktionärIn/MandatarIn der SLP mehr verdienen darf als einE durchschnittliche FacharbeiterIn. Nur wer soviel wie ArbeiterInnen verdient, kann ArbeiterInnen vertreten. Und die FPÖ ist offensichtlich eine Partei der

Impressum:
Eigentümer, Herausgeber, Verleger und Redaktion: Sozialistische LinksPartei (SLP), 1070 Wien, Kaiserstr.14/11.
Druck: Druckerei Brücke, 1010 Wien, Wipplingerstr.23
Herstellungs- und Verlagsort: Wien
DVR: 0820202

Über die großen und kleinen Krisen von Schwarzblau

Wann kracht die Regierung?

Die Temelin-Volksabstimmung, die Affäre Gaugg, der Dauerbrenner Steuerreform und jetzt die Debatte um die Ladenöffnungszeiten. Sind es bloß Ablenkungsmanöver bzw. Abnutzungserscheinungen oder handelt es sich tatsächlich um handfeste Regierungskrisen?

VON ALBERT KROPF, SLP-WIEN MITTE

Differenzen zwischen politischen Parteien sind eigentlich nichts Besonderes. Ganz im Gegenteil, sie müssen sich von einander abgrenzen, damit überhaupt noch ein Unterschied erkennbar ist. Das gilt sowohl für die Koalition als auch die Opposition. Woher kommen also dauernd die Aufregung über Unstimmigkeiten bei Schwarzblau?

SCHWARZBLAU

Die Regierungsbeteiligung der FPÖ unter Jörg Haider stellte einen europäischen Tabubruch dar. Die Folge war eine der größten gesellschaftlichen Polarisierungen und Bewegungen der letzten Jahrzehnte. Dabei war es allen Beteiligten von vornherein klar, dass eine Koalition mit der FPÖ ein großes Risiko darstellt. Trotzdem war man/frau bereit, dieses Risiko für den Preis einer härteren Gangart bei der Durchsetzung neoliberaler „Reformen“ einzugehen. Umso wichtiger war das gemeinsame Auftreten von Schüssel und

Riess-Passer am Beginn. Mittels dieser zur Schau gestellten Eintracht sollte nach außen Stärke gezeigt und nach innen Spannungslinien verdeckt werden. Desto deutlicher fallen jetzt auch deswegen die Zwistigkeiten der „Wenderegierung“ auf.

ROBIN HOOD VS. DAGOBERT DUCK

Die FPÖ steht vor dem Problem, dass sie seit dem Regierungseintritt so ziemlich jede Wahl verliert. Der Grund dafür ist die einkehrende Ernüchterung. Jahrelang aufgetreten als „Partei des kleinen Mannes“ steht sie nun an vorderster Linie beim Griff in die Geldbörse z.B. durch Sozialabbau oder Ambulanzgebühren. Das Resultat davon ist, dass die FP wieder stärker in Opposition zur eigenen Koalitions politik steht. Die Arbeitsteilung dabei verläuft wie eh und je zwischen dem einfachen Parteimitglied Jörg Haider und der Regierungsmannschaft um Riess-Passer und Finanzminister Grasser. Dabei wird auch in letzter Konsequenz ein Zerbrechen der Koalition in Kauf genommen.

Bildunterschrift



DIE GROSSE KUNST DES SCHWEIGENS

Ganz anders die ÖVP. Sie profitiert ganz klar von dieser Koalition und konnte wieder stark an Selbstvertrauen dazugewinnen. Schon allein aus diese Grund ist sie an einer möglichst langen Weiterführung der Koalition auch über diese Regierungsperiode hinaus interessiert. Resultat dieser Situation ist die Politik des Schweigens zu Entgleisungen (meist Rechtsextremen) einiger FP – Politiker vor allem von Seiten des Kanzlers Schüssel. Das ging sogar soweit, dass medienwirksam versucht wurde, diesen Opportunismus als große Größe bzw. Stärke des Kanzlers hoch zu stilisieren. Bislang ging das in

die Hose und die ÖVP steht vor dem Problem einen Kanzler ohne „Kanzlerbonus“ zu haben. Man/frau kann also getrost auf die Uhr schauen bis die Obmanndebatte in der ÖVP beginnt, was wiederum eine zunehmende Destabilisierung der Koalition bedeuten würde.

KEINE ALTERNATIVE IN SICHT?

Ganz klar, ihre tatsächliche Stärke bezieht Schwarzblau aus der Schwäche der Opposition. (Rosa)rot-grün beschränkt zu einem Großteil nur darauf, sich als die Besseren bzw. „sozial verträglicheren“ Sparer zu präsentieren. So ist z.B. die SPÖ, die ein mögliches Scheitern des Nulldefizits für dieses Jahr kritisiert. Von Seite der parlamentarischen

Opposition hat diese Regierung also nichts zu befürchten. Anders verhält es sich mit den Gewerkschaften. Unter massiven Druck der Basis stehend, wird die Gewerkschaftsführung zunehmend gezwungen die Verhandlungstische zu verlassen und zu Protest- und mittlerweile auch Kampfmaßnahmen zu mobilisieren. Bis jetzt war das freilich noch wenig im Vergleich zur Schärfe der Angriffe. Trotzdem sind Mobilisierungen der Beschäftigten, Jugendlichen und Arbeitslosen die einzige Möglichkeit, nicht nur die Regierung zu stürzen, sondern auch die neoliberale „Reformlawine“ zu stoppen und für eine gerechtere, sozialistische Gesellschaft zu kämpfen.

Die FPÖ als Vorreiter der extremen Rechten in der Europa:

Rechte Wahlerfolge in der EU!

Haider-Schatten über Europa, hieß ein Buch der Journalisten Hans Henning-Scharsach und Kurt anlässlich des Antretens der Wenderegierung in Österreich. Heute regieren Parteien mit rechtsextremen Wurzeln und Traditionen in vielen europäischen Staaten mit, während sogenannte Linksregierungen vernichtende Niederlagen erhalten.

VON JOHN EVERS, SLP-WIEN-NORD

Vor dem Sommer kündigte Alfred Gusenbauer an, mit den Spitzen der europäischen Sozialdemokratie, nach den Ursachen rechter Erfolge suchen zu wollen.

SOZIALE URSACHEN

Die Ursachen können tatsächlich sofort genannt werden: z.B. das neoliberale Projekt der EU, das zur Hauptprojektionsfläche rechten Populismus in Europa wurde. Motor dieses EU-Projekts waren die “ins kapitalismusfreundliche New Labour-Lager” (die Presse, 20.6.02), sozialdemokratischen Parteien Europas. Mit kapitalistischer Politik, Sparpaketen und Privatisierungen, erfüllte die SPÖ die Maastrichtkriterien und bereitete auch in Österreich, die Basis für populistischen Protest.

SPEZIFISCH ÖSTERREICHISCH?

Neben dieser Verantwortung lastet gerade auf der SPÖ eine mehrfache historische Erblast. Schon die Gründung des VdU (Vorläufer der FPÖ) im Jahre 1949 wäre ohne die Unterstützung von maßgeblichen SP-Funktionären nicht möglich

gewesen. Im Laufe der Geschichte hat die SPÖ der FPÖ immer wieder das politische Überleben gesichert und sie in das politische System integriert. Zwischen 1983 und 1986 ging die SPÖ sogar schließlich aus reinem Machtstreben, eine Koalition mit den Freiheitlichen ein. Die Stärke der FPÖ gegenüber ähnlichen Parteien in Europa besteht darin, daß sie über eine langjährige politische Kontinuität und gewachsene Strukturen verfügt. Das rechtsextreme Element war in der FPÖ und damit in der politischen Landschaft Österreichs immer vorhanden.

POPULISMUS UND POLARISIERUNG

Auf dieser Grundlage konnte Haider sein Projekt, einer modernen, rechtsextremen Partei errichten. Der Populismus der FPÖ kannte immer klare – rechtsextreme - Feindbilder: Ausländer, Gewerkschaften, Sozialschmarotzer, Linke (...). Grundlage für den Aufstieg der FPÖ, war aber vor allem der populistische Protest gegen die Auswirkungen ihrer neoliberalen Politik,

Privilegien und Postenschacher. Dieser “Protest” ist jenes Element, das sie mit anderen “erfolgreichen”, extrem rechten Parteien in Europa verbindet. Protest ist allerdings auch ein schwaches Fundament für eine Partei die außer einer allmächtigen Führung, nur über einige tausend, gleichgeschaltete Mandatsträger als echte Basis verfügt.

KLASSENCHARAKTER RECHTSEXTREMER PARTEIEN

Die Regierungsbeteiligung hat den Klassencharakter der FPÖ als Partei des Kapitals klar hervor gekehrt. Haiders Sprüche wirken heute lahm und abgedroschen. Die WählerInnen laufen der FPÖ in Scharen davon. Der Aufstieg rechtsextremer Parteien war auch Ausdruck der politischen und sozialen Polarisierung der Gesellschaft durch die bürgerliche Offensive in den 90er Jahren. Rechtsextreme Parteien waren teilweise in der Lage sozialen Protest zu kanalisieren und so Widerstand zu verhindern. Erfolge für diese Parteien sind auch weiter nicht ausgeschlossen, weil die grundlegenden Voraussetzungen für deren Erfolg weiter existieren.

RECHTE BEDROHUNG, SOZIALISTISCHE ALTERNATIVE

Die FPÖ unter Haider war, ist und bleibt eine rechtsextreme Partei: Eine solche Kraft bedeutet immer



Bildunterschrift

eine schwelende Bedrohung für MigrantInnen, ArbeitnehmerInnen und Jugendliche. Die Entwicklung der letzten beiden Jahre haben aber auch bewiesen, daß jeder rechtsextreme Erfolg eine massive Gegenbewegung hervorruft. Österreich wurde im Jahr 2000, nach 14 Jahren ungebremsten Aufstieg der Haider, für Monate zum Zentrum des Widerstandes gegen die extreme Rechte in

ganz Europa. Damals wie heute stellt sich allerdings damit auch die Frage nach politischen Alternativen. Sozialdemokratische und konservative Parteien besitzen diese nicht, sondern bekämpfen mit neuen Gesetzen MigrantInnen und geben damit Haider und Co. recht. Die SLP kämpft deshalb für eine grundsätzliche Alternative –

PSK 88.12.733

KAMPPFONDS

Juli-September
3.500 Euro

xxxx Hier fehlt noch was - da gehört noch was hin!!!!!!

Rollt die Streiklawine nach Österreich?

Kommt nach dem heißen Sommer ein heißer Herbst? Wird Österreich auch in Sachen Streiks europareif? Im bisher streikarmen Österreich zeichnet sich eine Trendwende ab. Nicht zuletzt weil der soziale Druck auf die österreichischen ArbeitnehmerInnen durch Krise und Arbeitslosigkeit wird steigt.

VON MICHAEL GEHMACHER, SLP
WIEN WEST

Nach dem Aus für Semperit, folgte die Libropleite. Vor allem die Bauwirtschaft kommt nicht aus seiner Krise heraus. Die fehlenden öffentlichen und privaten Investitionen in diesem Bereich, sind immer ein Anzeichen für tiefgreifende Probleme der gesamten Wirtschaft. In so einer, prekären, Situation, kann alleine schon der Blick über die deutsche Grenze seine Auswirkungen auf das Bewußtsein der österreichischen KollegInnen haben: Dort gab es im Juni, erstmals seit 1945 einen gesamtdeutschen BauarbeiterInnenstreik. Das Klima in der österreichischen ArbeiterInnenklasse hat sich grundlegend gewandelt: Internationalen Beispiele von Streiks und Bewegungen, speziell in Nachbarländern, werden in Österreich von Betroffenen positiv wahrgenommen.

SPARPOLITIK ERHÖHT DEN DRUCK
Die Nulldefizitpolittk der Regierung erhöht den Druck. Finanzminister Grasser muß den Spagat

zwischen einer neoliberalen Sparpolitik und einer einigermaßen merkbaren Steuerreform schaffen. Die FPÖ braucht diese Steuerreform, will sie bei den Nationalratswahlen nicht die totale Verliererin zu sein. Einen solchen Spagat schafft Grasser nur wenn er das Geld für die Steuerreform (mindestens 30 Milliarden öS) durch Einsparungen im öffentlichen Bereich hereinbringt. Alles andere wäre eine Abkehr von der neoliberalen Politik. Zum gegenwertigen Zeitpunkt spricht der Finanzminister von der Verwaltungsreform. Es ist auch kein Zufall das Post und ÖBB im Schußfeld der FPÖ-Propaganda stehen: Auch dort soll vom Staat massiv eingespart, bzw. abkassiert werden,

STREIKS FINDEN STATT!
Doch gerade im Öffentlichen Dienst gab es am meisten Widerstand, gegen die Sparpolitik der Regierung. Am stärksten bei den LehrerInnen: Basisinitiativen (wie etwa das "Forum Henriettenplatz"), versuchten in der Vergangenheit gewerkschaftliche Kampfmaßnahmen gegen die Kürzungen der Regierung zu

organisieren. Diese Versuche scheiterten lange an der GÖD-Spitze, die der Regierung die Mauer machte. So kam es zur Gründung der Unabhängigen Bildungs Gewerkschaft - UBG, die am 2.Mai einen erfolgreichen LehrerInnenstreik durchführte. Die UBG, sieht sich als Richtungsgewerkschaft die unabhängig von Parteiinteressen, die Interessen aller vertritt die im Bildungsbereich arbeiten. Die UBG will aktiv gegen Neoliberalismus sein. Die UBG geht davon aus das viele Sparmaßnahmen bei Schulbeginn noch deutlicher zu spüren sein werden. Sie geht daher davon aus, im Herbst Initiativen für einen LehrerInnenstreik in mehreren Bundesländern setzten zu können. Auch bei den Universitäten gab es einen Streik und gibt es Streikdrohungen. Die GÖD-Spitze sieht sich nun plötzlich gezwungen mit einem Streik im gesamten öffentlichen Dienst zu drohen. Die GÖD-Spitze steht auch wegen den Gehaltsverhandlungen unter Druck. Viele öffentlich Bedienstete wollen nach den schlechten Abschlüssen der letzten 2 Jahre und den sonstigen Verschlechterungen eine echte Gehaltserhöhung sehen. Traditionell sind Gehaltsabschlüsse im öffentlichen Dienst vor Nationalratswahlen auch besser als sonst.



Bild-unterschrift
Das setzt die GÖD-Spitze zusätzlich unter Druck.

POSTBUS
Einen neue Entwicklung leiteten in Österreich die Postbusstreiks im Mai und Juni ein. BusfahrerInnen, "traditionelle" Schichten der österreichischen ArbeiterInnenklasse, nutzten ihre wirtschaftliche Macht und ihre gute gewerkschaftliche Organisation, um sich gegen Angriffe zu wehren. International ein normaler Vorgang, der viel-

leicht auch bald in Österreich die Regel und nicht die Ausnahme sein wird. Bei der Post, Telekom und ÖBB wird der Postbusstreik besonders genau beobachtet, da hier ein traditionelles Naheverhältnis besteht. Bei Post und Telekom gibt es im Herbst Personalvertretungswahlen, ein Faktor der die Gewerkschaftsspitze zusätzlich unter Druck bringt. Grasser Sparwut im öffentlichen Dienst, und dazu die kampfbereiten KollegInnen. Diese Konfron-

tation könnte im Herbst mit Streiks ausgetragen werden. Der Betriebsratsvorsitzende der Postbus AG, Kollege Robert Wurm, hat in einem Interview bedauert das es in Österreich keine Streiktradition wie in Frankreich gibt. Stellt sich die Frage wie eine solche Tradition aufgebaut werden kann. Wir von der SLP meinen eine Vernetzung aller Betroffenen die kämpfen und eine einheitlicher Aktionstag im Herbst wäre ein erster Schritt in diese Richtung. Ziel unserer

xxx - hier fehlt noch was!!!

Libro



xxx - hier fehlt noch was!!!

Nulldefizit





Statt Krieg, K Widerstand, Solid

03|07 Klassenkämpfe in Europa und in Österreich

Juli und August 2002: Ein Sommer ohne "Sommerloch". Die österreichische Regierung steckt in der Dauerkrise. Die Welt ist nicht sicherer geworden: Es herrscht Krieg und soziales Elend. Mitglieder der SLP kämpfen gemeinsam mit GenossInnen des Komitees für eine ArbeiterInneninternationale (CWI), auf der ganzen Welt für eine andere, eine sozialistische Gesellschaft. Dieser Kampf setzt bei konkreten Mißständen an, unsere Forderungen sind das Ergebnis der Erfahrungen von Kämpfen, welche ArbeiterInnen und Jugendliche vor uns geführt haben, bzw. zur Zeit weltweit führen. In diesem Sinne nutzt die SLP die Sommermonate zu einer Veranstaltungsserie, bei denen Theorie und Praxis, Geschichte und aktuelle Ereignisse verbunden werden. Diese Veranstaltungen sind für jede und jeden offen, der/die mit uns diskutieren und vielleicht selbst aktiv werden will. Zu allen Themen gibt es Lesematerial, das unter www.slp.at abgerufen werden kann.

Alle Veranstaltungen finden jeweils mittwochs ab 18.00 im Amerlinghaus (7, Stf t g.8) statt.



Klassenkämpfe sind Teil des Kapitalismus, weil die ArbeiterInnenklasse und die KapitalistInnenklasse unterschiedliche Interessen haben. Alle ihre Rechte hat sich die ArbeiterInnenklasse mühsam erkämpft, den 8-Stunden-Tag, das Recht sich gewerkschaftlich zu organisieren, Anspruch auf Urlaub, Krankengeld, Pausen, auf geregelte Arbeitszeiten. Vieles davon wird heute in Frage gestellt. Der Neoliberalismus lehnt z.B. Gewerkschaften als "wettbewerbsverzerrend" ab und versucht ArbeitnehmerInnenrechte zu beseitigen. Deregulierung und Flexibilisierung sind die Schlagworte zum Abbau von Rechten wie z.B. Kündigungsschutz. Zusätzlich soll die ArbeiterInnenklasse die Kosten der wirtschaftlichen Krise tragen. Wenn die Gewinne zu sinken drohen, fordern die Unternehmer Kürzungen bei Löhnen und Sozialleistungen. Das sich dagegen Widerstand regt, ist nicht nur verständlich, sondern notwendig. In vielen Staaten gibt es nach den relativ ruhigen 90ern nun wieder eine Zunahme von Streiks - bei den deutschen Metallern, aber auch den schlechtbezahlten Teilzeitbeschäftigten bei Aldi in Irland. Österreich hinkt dieser Entwicklung hinterher, stellt aber keine Ausnahme dar. Selbst die lahme Führung des ÖGB ist gezwungen, immer öfter von Streik zu sprechen oder konkrete Schritte zu setzen wie z.B. bei den Postbussen. Die ArbeiterInnenklasse gibt weltweite kräftige Lebenszeichen von sich und ist keinesfalls verschwunden, wie manche das behaupten. Auch in Österreich gibt es aktive und kämpferische GewerkschafterInnen und BetriebsrätInnen. Die SLP stellt einige davon, z.B. bei Melzer-Kopie, bei webfreetv.com und beim ÖHTB.

- 18.00 Was ist die ArbeiterInnenklasse und gibt es sie überhaupt noch?
- 19.00 Klassenkämpfe in Europa - Ist Österreich eine Ausnahme?

Lesetipps: Engels, Grundsätze des Kommunismus; SLP, Siehe S. 3

10|07 Ausbeutung extrem: Imperialismus in Aktion

Millionen ArbeiterInnen und Jugendliche haben auf unzähligen Demonstrationen gegen den globalen Kapitalismus protestiert. Während eine kleine Schicht von Superreichen Kloschüsseln aus Gold hat und in Perrier-Mineralwasser badet (kein Witz !), fehlt 1,2 Milliarden Menschen der Zugang zu sauberem Trinkwasser. Die imperialistischen Staaten regieren durch IWF, Weltbank und Welthandelsorganisation (WTO). Ihr Ziel ist es, Profite zu sichern. Dafür sind sie schon immer über Leichen gegangen - Millionen Menschen sterben an Hunger und längst ausrottbaren Seuchen, oder werden für Profite in Kriegen und Militärdiktaturen direkt ermordet. Oft agieren die imperialistischen Staaten durch Marionettenregierungen und sichern sich ihren Einfluß durch Kredite. Am Beispiel von Guatemala und Armenien wird untersucht, wie der Kapitalismus viel versprochen aber nichts gehalten hat. Die Herrschaft des Finanzkapitals und die vollständige Aufteilung und Beherrschung der Welt durch Konzerne und imperialistische Staaten hat Lenin als Imperialismus beschrieben. Das vieldiskutierte Buch "Empire" von Negri behauptet, ein neues Stadium des Kapitalismus entdeckt zu haben. Wir meinen dagegen, das sich Lenins Imperialismustheorie, die auch von der totalen Polarisierung von Reichtum und Elend spricht, heute mehr denn je bestätigt.

- 18.00 Der Imperialismus und Negris Empire
- 19.00 Der Imperialismus in Aktion

Lesetipps: Lenin, Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus (insbesondere Kap. 7); Per Olson, Empire - Not the Communist Manifesto

Im ganzen Juli und August in Wien:

- Jeden Montag: Ab 16.00 Kundgebung für Frauenrechte, Schwedenplatz
- Jeden Mittwoch: Ab 16.00 Uhr Kundgebung gegen WEF und Kapital Bundesländerplatz/ Mariahilferstrasse/ Ecke Neubaugasse

Krise, Rechtsextremismus Solidarität, Sozialismus

17|07 Nordirland: Kein Friede in Sicht

Der Kampf um die nationale Unabhängigkeit Irlands, wird seit Jahrhunderten von verschiedenen Organisationen mit unterschiedlichen Mitteln geführt. Der - ehemals - bewaffnete Kampf der IRA ist nur ein Beispiel dafür. Obwohl in den letzten Jahren scheinbar insbesondere mit dem Karfreitagsübereinkommen Erfolge Richtung Frieden erzielt wurden, kommt es doch jedes Jahr insbesondere rund um die Paraden am 12. Juli zu blutigen Zusammenstößen. In vielen Teilen der Welt ist die "Nationale Frage" ein wichtiger Konfrontationspunkt. Am Beispiel Irlands und Nordirlands zeigt sich, wie komplex die Frage des Selbstbestimmungsrechts, das Recht auf Selbstverteidigung sind. Wie verhalten sich der Klassenkampf und der Kampf um nationale Befreiung zueinander.

18.00 Die Nationale Frage
19.00 Nordirland: Kein Friede in Sicht

Lesetipps: Lenin, Ursprünglicher Entwurf der Thesen zur nationalen und kolonialen Frage; Aron Amm, Nordirland: Zeit für Veränderung

24|07 Hintergründe für den Aufstieg der Rechten in Europa

Seit Mitte der 80er Jahre verzeichnen rechte und rechtsextreme Parteien in Europa spektakuläre Wahlerfolge. Der Aufstieg der FPÖ, von Berlusconi &Co und Le Pen verliefen parallel zur Verbürgerlichung der Sozialdemokratie und zur Umsetzung neoliberaler Politik durch Regierungen mit sozialdemokratischer Beteiligung. Vor Berlusconi, verschlechterte das Olivenbaumbündnis unter Beteiligung mehrerer "linker" Parteien in Italien die Arbeitsgesetzgebung im Jahr 2000. Innerhalb von zwei Jahren wurden zwei Millionen Jobs in Teilzeitjobs umgewandelt wurden und weitere zwei Millionen "neue Selbständige" wurden. In Dänemark war die rechtsextreme Dänische Volkspartei noch nicht in der Regierung, trotzdem wurden die ImmigrantInnengesetze zwischen 1993-2000 13x verschärft. Die "linke" Koalition in Frankreich unter Jospin führte radikale Privatisierung durch. Auch wenn Haider&Co geschickte Populisten sind, so hat sie v.a. die Politik der Sozialdemokratie groß gemacht. Die Enttäuschung über deren Sozialabbau war es, die den rechten Populismus erst auf fruchtbaren Boden fallen lies. Die rechtsextremen Parteien in Europa verbindet ihr Populismus, der ihr prägendstes Merkmal ist. Sie stehen zwar nicht für eine faschistische, aber für rechtsexteme und neoliberale Politik. Für SozialistInnen ist der Kampf gegen diese Parteien eine zentrale Aufgabe. Wichtig ist aber auch der Aufbau einer Alternative, die das Vakuum, das durch den Verbürgerlichungsprozess der Sozialdemokratie entstanden ist, füllen kann. Für den Kampf gegen die neue Rechte ist daher auch der Aufbau einer neuen ArbeiterInnenpartei notwendig.

18.00 Was ist Faschismus?
19.00 Die neue Rechte in Europa - Wer hat Haider, Le Pen und Berlusconi groß gemacht?

Lesetipps: Trotzki, Portrait des Nationalsozialismus; Lynn Walsh, The character of the far-right threat (siehe auch Artikel S. 2)

31|07 Der Mensch und der Sozialismus

Der Kapitalismus beweist seine Unfähigkeit jeden Tag - aber wie sieht die Alternative aus? Ist die Antwort auf den Wahnsinn der Finanzmärkte die Tobin-Steuer oder die Revolution? Kann der Krieg zwischen Israel und Palästina durch Verhandlungen beendet werden oder durch den Sturz des Kapitalismus? Immer häufiger werden die "alten" sozialistischen Ideen in die Debatte gebracht: schließlich hat schon Marx vom globalen Kapitalismus geschrieben. "Sozialismus - das ist eine nette Idee, aber funktionieren kann er nicht. Die Menschen sind zu egoistisch." So das Standardargument gegen Sozialismus. Tatsache ist, dass der Kapitalismus eine unsolidarische Gesellschaft schafft, Tatsache ist aber auch, dass der Mensch

als soziales Wesen dagegen offenbar auch ziemlich resistent ist, die politische und gewerkschaftliche Arbeit, die Solidaritätsarbeit und soziale Initiativen zeigen.

Die Frage wie die Gesellschaft zu verändern ist reicht in die Ursprünge der ArbeiterInnenbewegung zurück. Den Kapitalismus reformieren, Schritt für Schritt Verbesserungen erreichen, mittels Parlamenten und Gesetzen ist der eine Weg. Der Andere ist die Revolution, die Abschaffung des Kapitalismus. Die SLP versteht sich als revolutionäre Organisation. Warum wollen wir ebenfalls an diesem Abend erklären.

18.00 Reform oder Revolution
19.00 Ist der Mensch zu schlecht für den Sozialismus?

Lesetipps: Rosa Luxemburg, Sozialreform oder Revolution; Vorwärts: Was ist Sozialismus? Siehe auch Artikel S. 6

07|08 Der Sozialismus ist International

Der Kapitalismus ist global, die Ausbeutung weltweit, die Solidarität international. Die SLP ist eine internationalistische Organisation. Das bedeutet für uns v.a. die Zusammenarbeit mit unseren GenossInnen vom Komitee für eine ArbeiterInneninternationale (KAI/CWI) die in über 30 Ländern auf allen fünf Kontinenten gegen Ausbeutung und Unterdrückung und für eine sozialistische Gesellschaft kämpfen. Von 29. Juli bis 2. August findet eine europäische Schulung des CWI statt. Rund 300 GenossInnen aus der ganzen Welt, werden über die jüngsten politischen und wirtschaftlichen Entwicklungen, Programm und Perspektiven des Kampfes diskutieren. Diese Zusammenarbeit ist nicht nur positiv, sondern notwendig, um den Kapitalismus zu stürzen. Wir werden am 7. August einen Überblick über die internationale Arbeit des CWI geben - z.B. über die Parlamentsarbeit der irischen Sektion, die Gewerkschaftsarbeit der deutschen, über den Kampf gegen Le Pen durch unsere französischen GenossInnen ebenso wie über die Arbeit der GenossInnen in Israel/Palästina.

18.00 Geschichte des CWI
19.00 Der Sozialismus ist International

Lesetipps: Peter Taaffe, Die Internationale - Geschichte des Komitees für eine ArbeiterInneninternationale

14|08 IWF schafft Armut: Nähr- boden für 3. Weltkrieg?

Die Welt ist alles andere als friedlich. Afrika ist seit Jahrzehnten von Bürgerkriegen zerrissen, an denen westliche Konzerne verdienen. In Venezuela versuchte das Militär mit US-Unterstützung einen Putsch gegen Präsident Chavez, weil dieser den Erdölpreis nicht freigeben will. Die Gefahr des Atomkrieges zwischen Indien und Pakistan, der im Falle eines nicht "beschränkten" Krieges bis zu 12 Millionen Menschenleben fordern könnte, ist allgegenwärtig. 100.000 Kaschmiris sind auf der Flucht, nach ihren Forderungen fragt niemand. Der ganze indische Subkontinent wäre von einem solchen Krieg betroffen, ebenso wie der Krieg Israels gegen die PalästinenserInnen den ganzen Nahen Osten in ein Pulverfaß verwandelt hat. Aber weder Israel und der Westen noch die palästinensische Autonomiebehörde oder die islamischen Organisationen können die sozialen Probleme der arabischen Massen lösen. Europa und die USA spielen sich als Weltpolizei auf. Krieg ist keine Fehlentwicklung des Kapitalismus. Im letzten Jahrhundert sind mindestens 200 Millionen Menschen in Kriegen umgekommen, bei denen es um Profite, um Märkte und die Interessen der Supermächte ging. Sie alle bedienen sich der verschiedenen Institutionen wie IWF und Weltbank um die Ausbeutung der "3.Welt" zu erhöhen. Steuert der Wahnsinn des Kapitalismus im Zuge einer Weltwirtschaftskrise direkt auf den 3. Weltkrieg zu?

18.00 Wie IWF, Weltbank, G8, WEF etc. Armut schaffen
19.00 Steuern wir direkt auf den 3. Weltkrieg zu?

Lesetipps: Lynn Walsh, India-Pakistan and the threat of War (The Socialist 257); SLP, Warum gegen IWF, WTO und Weltbank kämpfen?

Siehe auch Artikel S. 7

21|08 Frauen als Ware im Kapitalismus

Im Kapitalismus ist unser aller Arbeitskraft Ware. Frauen sind davon besonders betroffen, sie werden "vielseitig" vermarktet: als bezahlte und unbezahlte Arbeitskraft, als Werbeträgerin, als Sexualobjekt und als Kinderproduktionsmaschine. Selbst Im 21. Jahrhundert verkaufen Frauen nicht nur ihre "Ware Arbeitskraft" sondern werden auch zunehmend selbst wieder als Ware verkauft: Als Hausklavinnen und als Prostituierte. Und das nicht etwa in der "3. Welt" sondern mitten in Europa. Dieser Umgang mit Frauen ist ein Ausdruck für die Situation des Kapitalismus. Wenn es immer schwieriger wird, Profite zu erzielen, müssen die vorhandenen Ressourcen stärker ausgebeutet und neue Quellen für Profit erschlossen werden. Die Krise des Kapitalismus geht daher auch mit einer Neuauflage eines reaktionären Frauenbildes einher. Kinder-Küche-Kirche ist wieder modern und wird über Life-Style-Magazine ("Ich schaff' Job und Familie") und Politik (Kindergeld) propagiert. Die Offensive der radikalen AbtreibungsgegnerInnen ist ein Teil dieser Politik. Denn zur traditionellen Frauenrolle gehört auch jene als Gebärmachine. Wenn Frauen aber über ihren Körper selbst bestimmen können, entziehen sie sich ein Stück weit dieser Logik. Teil dieser Debatte ist auch die aktuelle Kampagne der SLP gegen Pro Life (siehe Rückseite dieser Nummer).

18.00 Was ist eine Ware?
Grundlagen marxistischer Wirtschaftstheorie
19.00 Frauen als Ware im Kapitalismus

Lesetipps: Marx, Das Kapital (1. Abschnitt = Kapitel 1+2); SLP, Volle Selbstbestimmung für Frauen-Gegen den Terror der Abtreibungsgegner

28|08 Staat und Revolution

Was ist der Staat? Ein demokratisches Gebilde, dass einen Kompromiß zwischen verschiedenen Interessen herstellt? Ein Herrschaftsinstrument einer Klasse? Rund um die Anti-WEF-Demonstration am 1. Juli 2001, die Proteste in Genua und in der österreichischen Widerstandsbewegung, ist die Rolle des scheinbar neutralen Staates deutlich geworden. Bereits im Vorfeld wurde versucht, potentielle DemonstrantInnen an der Ausübung ihrer Rechte zu hindern. In Salzburg wurde das Demonstrationsrecht außer Kraft gesetzt während in Genua die Polizei einen Demonstranten erschoss und viele weitere brutal mißhandelte. Medien, Polizei und Staat haben hier Hand in Hand gearbeitet um die Interessen der herrschende Klasse zu schützen. Die Proteste in Genua wurden kriminalisiert weil sich erstmals in der globalen Protestbewegung große Teile der ArbeiterInnenklasse an den Demonstrationen beteiligt hatten. Das war für die Herrschenden gefährlich und deshalb das harte Vorgehen. Auch für heuer können wir bei den Protesten gegen den WEF-Gipfel in Salzburg - dem Treffen der einflußreichsten Wirtschaftsbosse - ein scharfes Vorgehen des Staates erwarten. Ob unsere Anliegen - Solidarität, Gerechtigkeit, ein Ende von Ausbeutung und Unterdrückung - gerechtfertigt sind, kümmert sie wenig. Über das Vorgehen des Staates und über die Taktik der Demonstration gegenüber Medien, Polizei und Staat geht es bei dieser Veranstaltung.

18.00 Staat und Revolution
19.00 Der Staat, die Polizei und die Medien - wie objektiv sind sie?



+ Hintergründe zu politischen Entwicklungen
+ Aktuelles, Aktionen und Kampagnen der SLP

www.slp.at

+ Links zu den Schwesterparteien der SLP in aller Welt

xxx - hier fehlt noch was!!!

Fußball? - Ich weiß von nix, HM



Citybike gescheitert?

“Fahrradsozialismus”

Einige Zeit lang hat man/frau sie überall auf der Straße gesehen- die schönen rosa oder blauen Citybikes bestückt mit einer riesigen T-Mobile Werbung. Zunächst sind sie immer seltener geworden, jetzt wurde ein Neustart verkündet. Ist dieses Projekt von Anfang an zum Scheitern verurteilt gewesen?

VON MARIA HÖRTNER, SLP
MARGARETEN II

Von neoliberaler und bürgerlicher Seite kam nach dem “Verschwinden” der hunderten Fahrräder der Vorwurf, es sei von Anfang an klar gewesen, dass das Projekt scheitern würde. Gratis Verteilung an alle könne nicht funktionieren, da die Menschen

Bikes “ausgenützt” wird. Und das hat nichts mit Bosheit oder dergleichen zutun, sondern ist ein ganz “normales” menschliches Bedürfnis. Ohne Auto, Fahrrad oder sonst einem mobilen Untersatz, kann man/frau sich nur schwer fortbewegen. Und nachdem Mobilität Grundvoraussetzung für ein gesellschaftliches Leben ist, sind dann



Bild-
unterschrift

zu schlecht dafür seien. Ihre Schlussfolgerung daraus (wie kann es anders sein?): nichts mehr gratis hergeben. In einem Punkt haben diese Personen ja recht. Das Projekt mit den Viennabikes war von Anfang an nicht durchführbar. Jedoch nicht, weil die Menschen nicht mit soviel Verantwortung umgehen könnten oder von Natur aus schlecht seien. Ich denke, es gibt dafür einen viel logischeren(und weniger aus der Luft gegriffenen) Grund: Fahrräder sind einfach zu teuer. Es kann sich nicht jede Person - und schon gar nicht jeder Jugendliche - ein Rad kaufen. Da ist es wenig verwunderlich, wenn die Gelegenheit mit gratis

solche Folgen, wie dass viele Fahrräder “abhanden” kommen, durchaus nachvollziehbar. Jetzt kommt dann sicher die berechnete Frage, wie dem entgegenwirken? Da gibt es mehrere Möglichkeiten. Entweder man/frau verkauft die Fahrräder zu angemessenen Preisen oder jede Person bekommt ein Einkommen, mit der er/sie sich solche notwendigen Dinge leisten kann. Im Kapitalismus wird es jedoch eher schwierig, diese Forderungen durchzusetzen. Dazu bräuchte es ein System, indem die Bedürfnisse der Menschen ausschlaggebend sind und nicht Profite. Ein System, indem die Ressourcen gerecht verteilt werden und kein Mangel herrscht.

Keine Abo-Karte mehr?



Abo per Telefon bestellen:
01/524 63 10

kalender + Veranstaltungskalender + Veranstaltungskalender + Veranstaltung

Die SLP-Treffpunkte:

WIEN-WEST: Jeden Di. um 19.30 Uhr
Club International, 16., Payerg. 14
WIEN-SÜD I: Jeden Dienstag um 20 Uhr
Bunte Kuh, 5.,
Zentag./Siebenbrunneng.
WIEN-SÜD II: Jeden Mi. um 19 Uhr
Schlupfwinkel, 4., Kleine Neugasse
WIEN-MITTE: Jd. Mittwoch um 19 Uhr
Amerlinghaus, 7., Stiftgasse 8
WIEN-NORD: Jeden Freitag, 19.30 Uhr
“Peer Gynt”, 20., Jägerstr. 38
SLP-GEWERKSCHAFTSTREFFEN:
Jeden 1. Montag im Monat, 19.00
Cafe Paganini, 9, Althanstr. 11-13
SLP-FRAUEN: (nur für Frauen)
Termine auf Rückfrage

Die SWI-Treffpunkte:

Jeden Montag um 19.00 Uhr
Amerlinghaus, 7, Stiftgasse 8

Die SLP-Veranstaltungen im April:

Orte und Beginnzeiten bitte den „SLP-Treffpunkten“ entnehmen.
10. APR.: „WAHLRECHT FÜR ALLE“ **SLP-WIEN-SÜD II (MARGARETEN)**
16. APR.: „WIE EINE SWI-GRUPPE AUFBAUEN?“ **SLP-WIEN-WEST**
17. APR.: SEMINAR ZUR WEHRMACHTSAUSSTELLUNG **SLP-WIEN-MITTE (17:00)**
26. APR.: „WARUM DEMONSTRIEREN WIR AM 1.MAI?“ **SLP-WIEN-NORD**
29. APR.: “RECHT AUF ABTREIBUNG - MODELL FRANKREICH?“ **SLP-FRAUEN**

20.APR.: „REZESSION INTERNATIONAL - REGIERUNGSKRISE IN ÖSTERREICH - FÜR EINE SOZIALISTISCHE ALTERNATIVE“ **SLP-KONFERENZ (ÖFFENTLICHER TEIL)**
ANMELDUNG UNTER 01/524 63 10 ODER SLP@SLP.AT

Demonstrationen & Aktionen:

13. APRIL: Demonstration zur Verteidigung der Wehrmachtsausstellung gegen Naziübergriffe 12h Ring/Oper und 12h Westbahnhof

JEDEN DONNERSTAG: Demonstration gegen Blau-Schwarz, jeweils 19 Uhr, Ballhausplatz

SPANIEN:
STREIK & PROTESTE

Der erste Generalstreik seit acht Jahren am 20.6. fiel mit dem EU-Gipfeltreffen zusammen. Die Verbindung von antikapitalistischen und gewerkschaftlichen Proteste erreicht einen neuen Höhepunkt.

Die Anreise der GipfelteilnehmerInnen war durch den Generalstreik behindert. Grund waren die Pläne der Regierung zur Arbeitslosenversicherung: Streichung von Arbeitslosengeld, falls der/die Arbeitslose nicht einen der ersten drei “akzeptablen” angebotenen Jobs annimmt, reduziertes Arbeitslosengeld für SaisonarbeiterInnen in der Landwirtschaft und kein Bezug, während eine Kündigung angefochten wird.

Neues aus dem CWI
www.worldsocialist-cwi.org

Beim EU-Gipfel geht es um weitere Maßnahmen gegen ImmigrantInnen und AsylwerberInnen. Der Streik legte Spanien und auch Madrid – wo sich die EU-Finanzminister trafen - lahm und gipfelte in Massendemonstrationen mit bis zu einer Million TeilnehmerInnen. GenossInnen des CWI beteiligen sich am Generalstreik und den Protesten gegen den EU-Gipfel in Sevilla. Unterstützung erhalten die spanischen GenossInnen aus Belgien, Britannien, Deutschland und Österreich. Von vielen DemonstrantInnen werden die “linken” Parteien – Vereinigte Linke, KP, Sozialdemokratie – als “zu moderat” kritisiert. Das Material unserer spanischen Schwesterorganisation “El Manifesto” stieß auf reges Interesse und mußte nachproduziert werden.

Irland
Streik für Kinderbetreuung

Die irische Kinder- und Familienbetreuung steckt in einer veritablen Krise. Weil zuwenig Geld für eine sinnvolle Kinderbetreuung vorhanden ist traten, am 19. Juni bis zu 1.000 Beschäftigte aus ganz Irland in einen eintägigen Streik. Die Unterstützung war groß. 84% der Mitglieder der Gewerkschaft NIPSA stimmten für den Streik. Rund 400 beteiligten sich an einer Kundgebung, um den TeilnehmerInnen eines Treffens der Sozial- und Gesundheitsverwaltung ihren Protest zu zeigen. Die Socialist Party, die irische Schwesterpartei der SLP, unterstützt den Streik und beteiligte sich an den Aktivitäten. Schon des längeren hatten Mitglieder der SP, die in der Kinder- und Familienbetreuung arbeiten, gemeinsam mit den Beschäftigten eine Kampagne für mehr finanzielle Ressourcen in diesem Bereich geführt. Darunter auch Eileen Webster aus Derry und Kevin Lawrenson aus Nord-Belfas. Beide nahmen nicht nur am Streik teil, sondern waren auch RednerInnen auf der



Perspektiven für das 21. Jahrhundert:

Kapitalismus heißt Krieg

US-Vizepräsident Cheney spricht vom “Krieg ohne Ende”. Tatsächlich: Die Massen der sogenannten “Dritten Welt” sind laufend Kriegen, Wirtschafts-Sanktionen und Hungersnöten ausgesetzt. Es geht nicht nur darum, weitere Kriege zu verhindern, sondern das System zu stoppen, das für diesen permanenten Kriegszustand auf unserem Planeten verantwortlich ist.

VON FRANZ BREIER JUN.
SLP WIEN-MITTE

Große, weltweit agierende Konzerne beherrschen den Planeten. Auf der Ebene der Beziehungen zwischen den Staaten, führt der Imperialismus den Kampf um Märkte und Ressourcen erst mit (wirtschafts)politischen, dann mit militärischen Mitteln. Der Imperialismus ist das letzte Stadium des Kapitalismus. Die Erde und die Märkte sind begrenzt, die Krisen sind unausweichlich, die Konflikte vorprogrammiert. Ein solcher Konflikt kennt Steigerungsstufen: Diplomatische Verstimmung gestern, Wirtschaftssanktionen heute, Raketen morgen. Zur Verteidigung ihrer Interessen brauchen die Kapitalisten den Nationalstaat. Eine nationale herrschende Klasse wird nie freiwillig auf ihre Position zugunsten einer anderen verzichten. Allein die Tatsache, dass es selbst nach Zeiten der intensiven “Globalisierung” noch immer Kriege zwischen Nationalstaaten gibt, beweist dies. Die militärische Dominanz der USA – der stärksten imperialistischen Macht - ist heute größer als jemals zuvor. Aber trotz ihrer weltweiten “Führungsrolle” wächst die globale Instabilität.

SACKGASSE IM NAHEN OSTEN?

Die Re-Okkupation der Westbank durch die israelische Armee ist nunmehr “offiziell”. Die Politik Bushs, Sharon in seinem Krieg gegen Palästina freie Hand zu lassen, folgt einer Milchmannrechnung: ‚Je früher Sharon mit Palästina aufräumt, desto früher können die USA im Irak einmarschieren.‘ Die erste israelische Besetzung von Westbank und Gaza-Streifen ab 1967 führte zur Vertreibung von über einer Million Menschen. Doch sie konnte den Widerstand der Paläs-

tinenserInnen nicht brechen. Sharons mörderische Politik wird wieder scheitern. In Israel wächst eine neue Friedensbewegung. Im Mai demonstrierten 60.000 Menschen gegen Sharon. Ein gemeinsamer Kampf der palästinensischen und jüdischen Massen gegen die Barbarei wäre möglich. Dauerhafter Friede könnte durch die Errichtung eines unabhängigen sozialistischen Palästinas UND des Sturzes der herrschenden Klasse in Israel erreicht werden. Diese Option kommt für den Imperialismus nicht in Frage; eine sozialistische Föderation auf freier gleichberechtigter Grundlage würde tatsächlich die Region stabilisieren – jedoch um den Preis der Existenz des Kapitalismus.

MINENFELD AFGHANISTAN

Der Imperialismus kann Afghanistan zwar in Schutt und Asche legen, aber keinen langfristigen Waffenstillstand erreichen, geschweige einen dauerhaften Frieden. Die neue “nationale” Ratsversammlung, Loya Jirga, ist von Widersprüchen durchzogen. Sie umfasst konkurrierende Kriegsherren. Die Macht von Regierungschef Karsai ist auf Kabul beschränkt; weder die Serie von 23 Jahren Bürgerkriegen, noch die westlichen Militäraktionen sind vorbei. Die Weltbank schätzt die Zahl der Hungernden in Afghanistan auf 7 Millionen. Der Krieg hinterlässt neben den Ruinen auch scharfe Bomben. Eine davon geht zur Zeit in Pakistan hoch: Die Militärdiktatur unter General Musharaff wird zwischen Fundamentalisten und US-Anbiederung zerrissen. Mobilmachung gegen Indien und Atomraketestests sollen Musharaffs Machtposition sichern. Zusammengefasst bedeutet das: die imperialistische Kriegspolitik führt nicht zu Friede und zum

Ende von Terror, im Gegenteil.

VOR DEM ABGRUND

In Kaschmir stehen sich eine Million indischer und pakistanischer Soldaten gegenüber. Indien und Pakistan sind kapitalistische Regimes, die in der Region ihre Macht ausüben. Beide verfügen, wie die USA, über Massenvernichtungswaffen. Das Stockholmer Institut für Friedensforschung schätzt die Anzahl der nuklearen Sprengköpfe in der Region auf 60 Stück. Damit könnten binnen Minuten Dutzende, wenn nicht hunderte Millionen Menschen getötet werden. Beide Regimes halten Teile von Kaschmir seit Jahrzehnten besetzt. Ihr Konflikt beruht auf dem Erbe, das der britische Kolonialismus hinterlassen hat: Kapitalismus mit starken Elementen feudaler Herrschaft und die ethnischen Spaltungen zwischen Hindus und Moslems. Der Konflikt beschränkt sich nicht auf die “Waffenstillstands”-Linie (“Line of Control” LoC) in Kaschmir. Im indischen Bundesstaat Gujarat hetzt die rechtsextreme Regierungspartei BJP gegen die Minderheiten. In den Pogromen der letzten Monate wurden über 2000 Moslems ermordet. Auf diesen ethnischen Spaltungen bauen BJP und Musharaff ihre Kampagnen. Großen Teilen der Bevölkerung sind die Konsequenzen der Nuklear-Waffen auch nicht bewusst. Hinzu kommt, dass die “kommunistischen” Massenparteien in Indien (CPI und CPI(M)) sich der nationalistischen Aufwiegelung untergeordnet haben. Eine ihrer Forderungen: eine politische Intervention der USA! Derzeit mag die Situation in Kaschmir/Indien/Pakistan wieder halbwegs stabil erscheinen; doch die Kämpfe an der LoC gehen weiter. Selbst ein ungewollter Zufall kann binnen Tagen eine militärische Kettenreaktion von globaler Bedeutung auslösen. Die Orte Hajeera und Kotli (pakistanisch besetzt) werden von der indisch besetzten Seite permanent beschossen. Dennoch organisieren dort unsere GenossInnen

Demonstrationen. Kürzlich wurden sie von bewaffneten islamischen Fundamentalisten attackiert. Der Zulauf, den diese Gruppierungen in den armen Schichten haben, darf nicht über deren Gefahr hinwegtäuschen. Die Nationalisten und religiösen Fanatiker, haben keine Lösung für die Massen in der Region. Die Slogans unserer Demos weisen den Ausweg: “No more war. No more terrorism. We want peace. Smash IMF, Worldbank, WTO. For youth, workers and peasant unity”. Eine Gruppe von Reinigungs-ArbeiterInnen hat sich diesen Forderungen und unserer Schwesterpartei angeschlossen.

WAFFENLOBBY

Die Militärausgaben in Indien und Pakistan umfassen 2,5% bzw. 4,2% des Bruttosozialprodukts. Die britische “Kampagne gegen Waffenhandel” stellt fest, dass um den Preis eines “Hawk”-Kampffjets 1,5 Millionen Menschen mit Trinkwasser versorgt werden könnten. Der Imperialismus hat wiederum ein großes Interesse an den mit Kriegen verbundenen Waffenverkäufen. Die Kriegsindustrie ist DER kapitalistische Wirtschaftszweig schlechthin. Er erfüllt die Anforderungen der Profitwirtschaft perfekt: Aufgrund der weltweiten Krisen ein boomender Markt, führt die Verwendung dieser Produkte erstens zur Zerstörung derselben und darüber hinaus von weiteren Produktionsmitteln. Der Kapitalismus produziert nicht aufgrund menschlicher Bedürfnisse, sondern nach Profit. Für den Kapitalismus ist ein gesättigter Markt eine Katastrophe. Werden Waffen verwendet, kann dies kaum passieren.

NÄCHSTE RUNDE IM IRAK-KRIEG

Eine Invasion im Irak wird von der US-Administration vorbereitet. Der Golf ist und bleibt die wichtigste erdöl-liefernde Region. Verlässliche Regimes sind für die US-Wirtschaft wichtig. Andererseits unterschätzen die US-Strategen die Auswirkungen

eines Bodenkrieges. Massenopposition in den arabischen Ländern könnte US-Bündnispartner wie das saudische Königshaus hinwegfegen. Eine weitere Schwächung des Irak – ohnehin durch Jahre von Bombardements und Sanktionen ausgeblutet – wird das relative Gleichgewicht mit dem regionalen Rivalen Iran kippen. Der US-Imperialismus wird sich einer unberechenbaren Dynamik gegenüber sehen. Beim Berliner Bush-Besuch im Mai demonstrierten 100.000 Menschen gegen die Kriegspolitik. Die globalisierte Protestbewegung in Europa und den USA kann es den Herrschenden erschweren bis verunmöglichen, ihre Kriege zu führen. Dazu sind Massenmobilisierungen nötig. Und die Bewegung muss politische Alternativen anbieten.

IST DER IMPERIALISMUS
BESIEGBAR?

Der Erste imperialistische Weltkrieg 1914 diente der Neuaufteilung unter den stärksten Mächten. Eine der Hauptaufgaben der russischen Oktoberrevolution 1917 war die Beendigung des Völkergemetzels. Diese Aufgabe wurde sofort umgesetzt; ein Sonderfriede von den Bolschewiki mit den Achsenmächten um Deutschland geschlossen; unter anderem, um der deutschen ArbeiterInnenklasse die Möglichkeit zu geben, ihrerseits nach der Macht zu greifen. Der Imperialismus kann auch heute besiegt werden. Einen Ansatz zeigt Venezuela: Der von US-Kreisen mitorganisierte Putsch im April gegen den Linkspopulisten Chavez scheiterte aufgrund einer Massenbewegung binnen 24 Stunden. Der Kampf ist noch nicht entschieden. Der Aufbau einer ArbeiterInnen-Partei mit sozialistischem Programm ist derzeit weltweit die zentrale Aufgabe. Die globalisierte Protestbewegung muss gegen den “Anti-Terror-Krieg” des Imperialismus Stellung beziehen. Die Entwicklungen werden sich zuspitzen. Sozialismus ist keine abstrakte



Stoppt die radikalen Abtreibungsgegner!

Frauenrechte verteidigen!

Mehr als 27 Jahre nach Einführung der Fristenlösung in Österreich ist es notwendig, dieses Frauenrecht gegen die Angriffe radikaler Abtreibungsgegner erneut zu verteidigen.

Unter dem Motto "Stoppt die radikalen Abtreibungsgegner! Frauenrechte verteidigen!" führt die Sozialistische LinksPartei - SLP eine Kampagne zur Verteidigung der "Lucina"- Frauenklinik (vormals Mairo). Die Lucina Frauenklinik in Wien Leopoldstadt ist eine der wenigen Möglichkeiten in Wien und ganz Österreich für Frauen einen Schwangerschaftsabbruch durchführen zu lassen.

KLAGE GEGEN DIE FRAUENSPRECHERIN DER SLP

Nachdem die SLP seit mehr als einem Jahr in der Kampagne zur Verteidigung der Mairo-Klinik Kundgebungen gegen die radikalen Abtreibungsgegner organisiert und die Methoden von Human Life International (HLI) aufzeigt, reagierte deren Chef, Dietmar Fischer mit einer Privatklage wegen übler Nachrede. Auch diese Vorgehensweise deckt sich mit der Taktik, die von militanten Abtreibungsgegner international angewendet wird. In den USA führen sie permanent Prozesse und Kampagnen gegen die sogenannten Pro-Choice-Organisationen. Die Klage gegen die SLP ist nicht die einzige. Auch gegen die Mairo-Klinik wird weiter prozessiert (siehe Kasten). Und auch eine Profil-Redakteurin wurde von Fischer wegen eines Artikels über die Situation der Mairo-Klinik geklagt.

WIR LASSEN UNS NICHT EINSCHÜCHTERN

Im Rahmen unserer Verteidigung vor Gericht werden wir den Wahrheitsbeweis antreten. Zahlreiche Frauen unterstützen uns dabei, indem sie aussagen, was ihnen vor den Kliniken widerfahren ist. Denn unzählige Frauen wurden von den radikalen Abtreibungsgegnern bedrängt, beschimpft und verfolgt. Diese Frauen beweisen Mut, denn nach wie vor ist Schwangerschaftsabbruch ein gesellschaftliches Tabuthema für das sich nur wenige öffentlich einsetzen. Ab-

gesehen von der Verteidigung auf juristischer Ebene werden wir unsere Kampagne weiterführen, denn gerade jetzt ist es wichtig, eine breite Gegenöffentlichkeit herzustellen. Die radikalen Abtreibungsgegner müssen gestoppt werden und das kann nur gelingen, wenn möglichst viele aktiv werden. Möglichkeiten unsere Kampagne zu unterstützen gibt es zahlreiche: Die Beteiligung an Kundgebungen und sonstigen Aktionen, das Sammeln von Unterstützungserklärungen sowie das Sammeln von Geld und vieles mehr.

RADIKALE ABTREIBUNGSGEGNER STOPPEN

Für August planen die radikalen Abtreibungsgegner (diesmal unter dem Namen "Jugend für das Leben") eine "Radtour für das Leben". Am 18. August starten sie in Bregenz und touren durch ganz Österreich, um am 31. August ihre Botschaft in Wien zu verkünden (inklusive Messe und Konzert). Auch zu diesem Anlass werden wir das Recht auf Schwangerschaftsabbruch verteidigen und rufen zu einer Demonstration auf.

Ziel unserer Kampagne ist es, die radikalen Abtreibungsgegner zu stoppen und zu ermöglichen, dass Frauen in ganz Österreich das Recht auf Schwangerschaftsabbruch ohne Hindernisse in Anspruch nehmen können.

DESHALB FORDERN WIR:

- Unterbringung der Mairo-Klinik in Räumlichkeiten der Gemeindespitäler
- Bannmeile für militante Abtreibungsgegner rund die Klinik, gemeinsame Mobilisierung von Betroffenen und AnrainerInnen zum Schutz der Frauen vor Belästigungen
- Möglichkeit auf Schwangerschaftsabbruch in allen Bundesländern!
- Schwangerschaftsabbruch auf Krankenschein!
- Kostenlose Verbreitung von Verhütungsmitteln!

GHENEFF RAM
RECHTSANWÄLTE
office@law-in-austria.at, www.law-in-austria.at

094 Hw 24

EINSCHREIBEN
An das
Landesgericht für Strafsachen Wien Einzelantrag
Landesgerichtsstraße 11
1082 Wien

AZ 112-02 - bitte immer angeben!

Privatankläger: Mag. Dietmar Fischer, Pensionist
c/o Verein „Human Life International“
menschlichen Lebens“

vertreten durch: Mag. Huberta GHENEFF-FÜR
(Vollmacht erteilt) 1040 Wien, Fayensengasse 1
Tel. 01/501 54 54, Fax 01/501 54 55

Beschuldigte: Mag. Claudia Sorger

Medieninhaber (Antragsgegner): Verein zur Förderung

wegen: § 111 StGB

Bildunterschrift

Täglich vor der Mairo/Lucinda-Klinik:

Spießbrutenlauf

Seit mittlerweile mehr als einem Jahr zeigt sich tagtäglich vor der Mairo-Klinik im 2. Bezirk das gleiche Bild: AktivistInnen von "Human Life International" - eine Organisation radikaler Abtreibungsgegner - versuchen, den Betrieb dieser Klinik zu stören. In aggressiver Weise werden Patientinnen beim Betreten der Klinik belästigt und sind somit einem Spießbrutenlauf ausgesetzt: Die "Pro-Life"-AktivistInnen stellen sich ihnen in den Weg und versuchen den Frauen Flugblätter aufzudrängen.

Mit Plastikembryonen und überdimensionalen blutigen Bildern wird versucht, die Patientinnen moralisch unter Druck zu setzen. Auch das Klinikpersonal leidet unter diesem Psychoterror: Schon mehrmals wurden MitarbeiterInnen der Klinik bedroht, sie werden regelmäßig gefilmt und fotografiert. Die Sicherheitsmaßnahmen, die getroffen werden mussten, um die Patientinnen zu schützen, haben enorme Kosten verursacht. Human Life International setzt auf eine Einschüchterungstaktik, zu der die tagtäglichen Belästigungen ebenso gehören wie der Kampf gegen die Fristenlösung auf politischem und juristischem

Weg. Nachdem es dem Leiter von HLI gelungen war, die Räumlichkeiten der Klinik zu kaufen, reichte er letztes Jahr - vertreten durch die Rechtsanwaltskanzlei Böhmendorfer-Gheneff eine Kündigungsklage ein, um die Klinik zur Räumung zu zwingen. Die Klage wurde zwar in erster Instanz zurückgewiesen, doch an der Situation vor der Mairo-Klinik hat sich nichts verändert. Andere Kliniken und Arztpraxen in Österreich sind auch von Angriffen radikaler Abtreibungsgegner betroffen, aber die Mairo-Klinik wurde zum besonderen Schwerpunkt, nachdem sie die Räumlichkeiten gekauft hatten. In einem Interview, das auf der

HLI-Homepage veröffentlicht wurde, kündigte Fischer an "Wenn wir es schaffen, die Besitzer zu werden, dann können wir ihnen (Anm: der Klinik) das Leben schwer machen."

WER IST HLI?

HLI (Human Life International) ist ein weltweit agierendes Netzwerk von Pro-Life-AktivistInnen. Sie vertreten eine frauenfeindliche reaktionäre Ideologie, in der Schwangerschaftsabbruch unter allen Umständen verdammt wird, Verhütungsmittel generell abgelehnt werden und Homosexualität als eines der Übel dargestellt wird, die die Welt zerstören. Trotz dieser teilweise absurden Theorien schaffen sie es, ihre Einflussspäre auch vor dem Hintergrund rechter Regierungen auszuweiten. Dieser politische Hintergrund kommt nicht nur in der reaktionären Ideologie zum Ausdruck, sondern auch in direkten Wahlaufufen für rechte Parteien.

Wofür wir stehen

- Nein zum Sozialabbau!
Für Umverteilung von oben nach unten!
- Nein zur Sparpropaganda und Politik der Bürgerlichen! Geld ist genug da, es ist nur in den falschen Händen - bei Banken, Versicherungen, Großindustriellen und Großgrundbesitzern!
- Mindestlohn öS 13.000,- netto.
- Kampf der Arbeitslosigkeit - sofortige Einführung der 30-Stundenwoche bei vollem Lohn.
- Statt Kürzungen im Bildungsbereich eine Ausbildungsoffensive.
- Nein zur Wohnungsnot!
Enteignung der Spekulanten!
- Für einen echten Kampf gegen Umweltzerstörung - Kampf dem Verursacher, der Profitwirtschaft. Nein zu „Öko“-Steuern, die nur ArbeitnehmerInnen und sozial Schwache treffen.
- Schluß mit der doppelten und dreifachen Ausbeutung von Frauen in Beruf und Familie.
- Entschlossener Kampf dem Rechtsextremismus und den rassistischen Gesetzen. Für die volle politische und soziale Gleichberechtigung aller in Österreich lebenden Menschen.
- Volle Gleichberechtigung für Schwule, Lesben und Bisexuelle!
- Nein zu einem repressiven, rechtsextrem durchsetzten Sicherheitsapparat, der das große Geld schützt. Nein zu Aufrüstung und Integration in Militärbündnisse (z.B. NATO).
- Für einen breiten Ausbau demokratischer und gewerkschaftlicher Rechte, v.a. im Jugend-, Arbeitnehmerschutz- und wirtschaftlichen Kontrollbereich.
- Nein zu Privatisierung und Zerschlagung des öffentlichen Sektors! Für die Vergesellschaftung der Schlüsselindustrie unter Kontrolle und Verwaltung der ArbeitnehmerInnen
- Nein zum kapitalistischen Chaos, das Verschuldung, Mißwirtschaft und Armut produziert. Für eine demokratisch geplante Wirtschaft.
- Nein zur kapitalistischen EU. Sozialismus international auf gleichberechtigter, demokratischer Grundlage.
- Wir wollen eine breite Opposition links von SPÖ und Grünen, eine Interessensvertretung für ArbeitnehmerInnen und Jugendliche in Betrieben, Gewerkschaften, Schulen und Unis mitaufbauen!
- Für eine neue internationale ArbeiterInnenbewegung!
- Eine Revolution ist nötig. Lediglich Reformen führen keine grundlegende Veränderung herbei. Die ArbeiterInnenbewegung und die Jugend müssen für den Bruch mit dem kapitalistischen Wirtschaftssystem und für den Sozialismus kämpfen.